



# Der Weg zu gerechten Löhnen für alle Bahnbeschäftigten führt über den Stopp der Privatisierung

**Pressemitteilung von Werner Dreibus, 06. August 2007**

**Mit überwältigender Mehrheit haben sich die Mitglieder der Gewerkschaft der Lokführer (GdL) in einer Urabstimmung für Streik ausgesprochen. Dazu erklärt Werner Dreibus, stellvertretender Vorsitzender und gewerkschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE:**

DIE LINKE. hat Verständnis für die Forderungen der Lokführer nach einer deutlichen Erhöhung ihrer Einkommen. Zu niedrige Einkommen betreffen aber nicht nur sie. Das gesamte Bahnpersonal ist gemessen an den Arbeitsbedingungen in den vergangenen Jahren deutlich zu kurz gekommen. Seit 2004 mussten die Beschäftigten reale Einkommensverluste von rund 10 Prozent hinnehmen. Dem gegenüber stehen unregelmäßiger Schicht- und Wechseldienst zu jeder Tages- und Nachtzeit, der Arbeitsort Zug und eine dementsprechend stark eingeschränkte Teilhabe am familiären und gesellschaftlichen Leben.

Ein weiteres Auseinanderdriften der Bahn-Belegschaft in unterschiedliche Tarifbereiche birgt jedoch Gefahren und schwächt die Kampfkraft der Belegschaft und ihrer Gewerkschaften. Mit einer berufsständischen Interessenvertretung geht zudem der notwendige Blick auf das Unternehmen und seine Politik als Ganzes verloren. Optimal wäre ein einheitlicher Tarifvertrag mit einem höheren Einkommensniveau für alle Beschäftigten. Das jedoch will der Bahn-Vorstand nicht, denn niedrige Löhne sind gut für die geplante Privatisierung. Wenn Bahnchef Mehdorn den Beschäftigten vorgaukelt, er wolle eine „gerechte Lohnstruktur“, meint er eigentlich, dass er den Konzern fit machen will für den Börsengang.

Das Privatisierungsvorhaben hat den Druck auf die Löhne erst ausgelöst. Der Wettbewerb auf der Schiene hat Lohndumping zur Folge. Entscheidend sind die niedrigsten Lohnkosten. Soziale Standards spielen keine Rolle. Das die Beschäftigten sich dagegen wehren, ist nur verständlich. Der Ausverkauf öffentlichen Eigentums findet vor allem auf dem Rücken der Beschäftigten statt. DIE LINKE fordert deshalb: Schluss mit der Privatisierung der Bahn und her mit angemessenen Einkommen für die Bahnbeschäftigten.